

Kindergeld-Debatte: Ethnisierung von Kriminalität stoppen!

In mehreren aktuellen Presseberichten wird auf die steigende Anzahl an Kindergeldzahlungen an Personen im EU-Ausland hingewiesen. Laut der Berichterstattung, unter anderem im SPIEGEL, Focus und der WELT, sei die Zahl der Kindergeldempfänger ohne Wohnsitz in Deutschland in den letzten Jahren angestiegen.

In den gestrigen Artikeln aus der WELT und Focus Online wird die steigende Anzahl Beziehender aus Osteuropa mit Betrug in Verbindung gebracht. In dem WELT-Artikel „*Kindergeld ins Ausland; Ob die Kinder existieren, ist eine ganz andere Frage*“ äußert sich der Duisburger Oberbürgerbürgermeister Sören Link wie folgt:

„Wenn Sören Link die vermüllten Vorgärten in einigen Stadtvierteln Duisburgs sieht, platzt ihm langsam der Kragen. **Wir haben rund 19.000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien in Duisburg, Sinti und Roma.** 2012 hatten wir erst 6000“, sagt der SPD-Oberbürgermeister der Stadt im Ruhrgebiet. Die Nachbarn fühlten sich „nachhaltig gestört durch **Müllberge, Lärm und Rattenbefall**“ (Hervorhebung durch uns).

Dazu erklärt **Romeo Franz**, MdEP und Beauftragter für Sinti und Roma der Fraktion Grüne/EFA im Europäischen Parlament:

„Die Aussagen des Oberbürgermeisters Sören Link verurteile ich scharf. Seine Worte setzen Angehörige der Minderheiten Sinti und Roma sowie Menschen rumänischer und bulgarischer Herkunft mit Müll, Lärm und Rattenbefall in Verbindung. Gleichzeitig entsteht in der Berichterstattung der Eindruck, dass Angehörige jener Gruppen grundsätzlich verantwortlich seien für Sozialbetrug.“

„In einem Klima der Vorverurteilungen und einer schleichenden, aber bestimmten Wiederkehr des Rassismus und der nationalistischen Ressentiments gegenüber Menschen mit Romno-Hintergrund und Osteuropäern ist es unverantwortlich, die öffentliche Meinung auf die genannte Art und Weise zu polarisieren. Jeder Mensch ist für seine Taten selbst verantwortlich, es darf keine Ethnisierung der Kriminalität stattfinden“

*„Durch Stigmatisierung und Kriminalisierung ganzer Gruppen – in diesem Fall Sinti, Roma, Bulgaren und Rumänen – entstehen Hass und kontinuierliche Ausgrenzung. Dagegen stelle ich mich entschieden. Es ist bedauerlich, dass in Medienberichten die nötige Sensibilität gegenüber nationaler Minderheiten wie die der Sinti oder Roma fehlt. Eine sachliche Auseinandersetzung mit Angehörigen dieser Gruppen findet nicht statt. Stattdessen werden Gruppen, die miteinander nichts zu tun haben, in einen Topf geworfen: zum Beispiel deutsche Sinti, die seit weit über 600 Jahren in Deutschland leben und in Osteuropa ansässige Roma. An dieser Stelle wünsche ich mir von Medienvertreter*innen und Politiker*innen eine genauere Analyse anstatt rassistischer Ressentiments.“*

Romeo Franz bereitet außerdem eine Beschwerde an den Deutschen Presserat vor. Zur Kenntnis: Im Pressekodex heißt es in Richtlinie 12.1:

„Richtlinie 12.1 – Berichterstattung über Straftaten (gültig seit 22.03.2017)

In der Berichterstattung über Straftaten ist darauf zu achten, dass die Erwähnung der Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens führt. Die Zugehörigkeit soll in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung:

Tom Athenstädt
Communications Director
Office Romeo Franz MEP
Tel. +3222847060
tom.athenstaedt@europarl.europa.eu